

Wahlen: begrenzte Auswahl

Arbeitnehmer/innen brauchen eine eigene Massenpartei!

Bildrechte: Sozialistische Offensive



- **Rücknahme von 12-Studentag, Kassenfusion und Mindestsicherungskürzung!**
- **Mindestlohn von 1700,- brutto und 30-Stundenwoche ohne Lohnverlust!**
- **Neue wirtschaftliche Krise steht vor der Tür - Arbeitnehmer/innen sollen nicht für die Krise der Bosse zahlen! Jetzt vorbereiten auf Angriffe kommender Regierung!**
- **Die bestehenden Parteien repräsentieren uns nicht! Wir brauchen eine neue Massenpartei die die Interessen der Beschäftigten vertritt und bereit ist mit dem Kapitalismus zu brechen!**

Sozialistische Offensive

Arbeitnehmer/innen brauchen eine eigene Massenpartei!

Bildrechte: Sozialistische Offensive



Neue Wirtschaftliche Krise - neue Angriffe

Die Wahlen am 29. September finden vor dem Hintergrund einer sich verdüsternden wirtschaftlichen Situation statt – auch wenn das Thema gegenüber der Klimakrise im Moment nicht im Vordergrund steht. Die österreichische Wirtschaft hat 2019 begonnen sich zu verlangsamen. Um die deutsche Wirtschaft, mit der die österreichische traditionell eng verbunden ist, steht es nicht gut – unter Druck durch die Handelskriege auf der einen Seite und der Gefahr einer neuen Finanzkrise auf der anderen Seite. Mit dieser Situation wird jede neue Regierung zurechtkommen müssen. Wir sollten uns daher auf neue Angriffe einer solchen Regierung vorbereiten – sobald sie die Kosten der Krise auf Arbeitnehmer/innen abzuwälzen versuchen.

Etablierte Parteien vertreten uns nicht

Immer mehr Menschen haben schon seit langem das Gefühl, dass die vorhandenen Parteien sie immer weniger vertreten. Viele stimmen taktisch ab, um eine andere Partei zu verhindern. Die ÖVP setzt die Wunschliste der Industriellenvereinigung um, die FPÖ versucht am Futtertrog

mitzunaschen und setzt ebenfalls Politik gegen die Interessen der Beschäftigten um. Die Neos sind Erfüllungsgehilfen der ÖVP. Die Grünen präsentieren sich als Retter in der Klimakrise, werden sie aber letztlich nicht lösen können. Wir haben die Illusion der Wahl – aber keine echte Wahl. Wenn man ein Kind dazu bringen will, etwas zu tun, lässt man es zwischen zwei Scheinalternativen wählen – weil es dann zumindest das Gefühl von Kontrolle hat. Und dieses Spielchen spielen die Herrschenden mit uns seit Jahren.

Kampfmaßnahmen organisieren!

Die SPÖ war jene Kraft die vom Ibiza-Skandal profitieren hätte müssen, ist jedoch in den Umfragen auf 20% abgestürzt. Selbst Teile ihrer Kernklientel überlegen die Grünen zu wählen. Dafür ist einerseits die Klimakrise verantwortlich. Aber vor allem wird die SPÖ nicht als Alternative gesehen, da sie jahrelang in der Regierung für Kürzungen verantwortlich war und von Korruption ebenso betroffen – man denke nur an den Bawag Skandal. Eine neue Koalition aus SPÖ und ÖVP würde erneut die Basis für ein Erstarken der FPÖ legen wenn sie die Politik der Vergangenheit fortsetzt. Wenn die SPÖ es

wirklich ernst meinen würde mit ihren Wahlforderungen, müsste sie die Rücknahme aller Kürzungen der letzten Jahre, angefangen von 12-Stundentag, Kassenfusion und Mindestsicherungskürzung bis hin zur Pensionsreform 2003 nicht nur fordern, sondern auch über die Gewerkschaften dafür mobilisieren. Auch den von ihr geforderten Mindestlohn von 1700 Euro müsste eine Bewegung erkämpfen – und es darf keine Verschlechterungen in anderen Bereichen im Abtausch dafür geben. Der ÖGB müsste um diese Forderungen zu Betriebsversammlungen mobilisieren und einen Aktionsplan bis hin zu Kampfmaßnahmen vorlegen.

Neue Massenpartei aufbauen!

Ausgehend von kämpferischen Gewerkschaften könnte eine Partei aufgebaut werden, die tatsächlich die Interessen der Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Pensionist/innen vertritt. Eine solche Partei, in der die Menschen sich organisieren könnten, würde eine echte Alternative zu den existierenden Parteien darstellen. Eine solche Partei müsste aber mit der kapitalistischen Logik brechen, damit sie nicht wie Syriza endet und die Menschen verrät, die Hoffnungen in sie setzen – gerade angesichts einer neuen Krise. Daher benötigt eine derartige Partei ein sozialistisches Programm das mit dem Kapitalismus bricht und die Überführung der größten Unternehmen in öffentliches Eigentum fordert. Damit könnten Forderungen wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stundenwoche ohne Lohnverlust und ein öffentliches Investitionsprogramm in Soziales, Wohnen, Bildung und Gesundheit ermöglicht werden und eine nachhaltige geplante Wirtschaft. Denn Geld gibt es genug – es liegt nur in den falschen Händen, jenen der Hortens, Piechs und Co.

Sozialistische Offensive

Grüne Regierungsbeteiligung als Alternative zu schwarz-blau?

Fragen und Antworten

Im Moment setzen viele Menschen ihre Hoffnungen in die Grünen. Sie stehen in aktuellen Umfragen bei 12-13%. Die Hoffnungen die aktuell in die Grünen gesetzt werden, werden allerdings leider enttäuscht werden. Warum?

„Wer gegen den Klimawandel ist, muss doch grün wählen?“

Die Grünen erscheinen als jene Partei die am offensivsten gegen den Klimawandel auftreten. Aber die Grünen fordern das kapitalistische Profitsystem nicht heraus, die Wurzel der Klimakrise. Viele ihrer Lösungen beantworten die Klimakrise in einer kapitalistisch verträglichen Form - Ökosteuern, Förderungen für grüne Energiebranchen, individuelle Lösungen. Ökosteuern sind nichts anderes als Massensteuern, die die Arbeitnehmer/innen treffen - ein Abwälzen der Kosten der Klimakrise auf Arbeitnehmer/innen und Teile der Mittelklassen. Die Grünen fordern zwar einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Frage ist aber wie das umgesetzt wird, mit welchem Geld und zu welchen Bedingungen. Um die Ursachen der Klimakrise anzugehen, wäre es nötig, mit dem Kapitalismus zu brechen und Industrie, Transport- und Energiesektor nachhaltig und demokratisch zu planen - entlang der Linien einer sozialistischen Gesellschaft. So könnte die Produktion nachhaltig umgestellt werden - ohne Jobverlust.

„Aber wir wollen schwarzblau doch verhindern?“

Viele wählen die Grünen in der Hoffnung schwarzblau zu verhindern - so wie viele in der Vergangenheit SPÖ gewählt haben um eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern. Eine Regierungsbeteiligung der Grünen würde jedoch bestenfalls eine Atempause bringen. Rot-Grün-(Pink) ist die bevorzugte Koalition

von der rot und grün Wähler/innen. DA sie sich rechnerisch nicht ausgeht, erscheint Schwarz-Grün-Pink als einzige Alternative zu schwarzblau. Egal welche Koalition: Sie wird keine grundsätzliche Veränderung bringen, sondern muss im Gegenteil mit der kommenden Krise zurecht kommen. Das wird die Grünen in jeder möglichen Koalition betreffen.

„Ist eine grüne Regierungsbeteiligung nicht weniger schlimm als schwarzblau?“

Die Grünen stehen mit beiden Beinen fest am Boden des Kapitalismus. An der Regierung werden sie die Kosten der Krise weiterreichen an die Bevölkerung, weil sie dem System nichts entgegenzusetzen haben. Darum setzen sie systemerhaltende Politik um. Wenn sie Teil von Landesregierungen waren, trugen sie stets die Politik dieser Landesregierungen mit - auch wenn es sich um Kürzungen handelte, angefangen von der Spitalsreform in Oberösterreich oder Wien bis zur Mindestsicherungskürzung in Tirol. Die Grünen könnten so schnell wie sie in den Umfragen gewonnen haben auch wieder an Unterstützung verlieren, wenn sie sich als Erfüllungsgehilfen der ÖVP erweisen und in einer neuen Krise Angriffe auf Arbeiter/innenrechte starten. Eine Alternative zu schwarzblau wird schwarzgrün nicht sein - im Gegenteil, ihre Politik wird die FPÖ wieder stärken. Wir brauchen eine grundlegende Alternative zum kapitalistischen System - das uns immer wieder wechselnde Regierungen vorschreibt, die alle gegen unsere Interessen Politik machen.

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI - „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten - aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

Heißen Herbst vorbereiten - 12-Studentag zurückschlagen!

Ein wenig mehr als vor ein Jahr fand die große Gewerkschaftsdemonstration gegen den 12-Studentag statt. Den 12-Studentag hat sie nicht gestoppt, da die ÖGB-Führung - anders als viele Betroffene forderten - keinen 24-stündigen Generalstreik als nächsten Schritt organisiert hatte, sondern den Kampf auf die Kollektivvertragsebene verlegt hat. Damit wurde der Kampf gespalten, gut organisierten Branchen fiel es leichter, den 12-Studentag abzuwehren oder ihn für die Arbeitgeber so zu verteuern, dass er weniger lukrativ ist. Für schlecht organisierte Branchen war das wesentlich schwieriger. Ein Jahr später gibt es immer noch Branchen in denen um den 12-Studentag gerungen wird. Die Gewerkschaftsführung betreibt aber auch hier nur noch Symptomabfederung - dh sie akzeptieren dass der 12-Studentag durch ist und fordern lediglich Ausgleichsmaßnahmen. So zum Beispiel beim Konflikt um den Fleischer-KV, wo es Anfang September Betriebsversammlungen und eine Protestaktion gab.

Klares Nein zum 12-Studentag!

Die ÖGB-Führung (wie auch die SPÖ) fordert nun zumindest von der neuen Regierung eine Rücknahme des 12-Studentags, allerdings spricht sie von „Neuverhandlung“. Das lässt offen ob der ÖGB dann nicht einen 12-Studentag absegnen würde, wenn er mitreden dürfte. Nötig wäre ein klares Nein zum 12-Studentag und eine Mobilisierung der Betriebe, angefangen von Betriebsversammlungen hin zu weitergehenden Kampfmaßnahmen.

Herbstlohnrunde nutzen!

Am 23. September beginnt die Herbstlohnrunde. Das wäre ein guter Anlass nochmal einen gemeinsamen branchenübergreifenden Kampf zu organisieren, der die kommende Regierung unter Druck setzt, das Ge-

setz zurückzunehmen. Die Tatsache dass schwarzblau das Rauchergesetz zurückgenommen hat, zeigt dass das möglich ist. Der Druck auf die ÖGB-Führung wächst, als Reaktion auf den Druck von unten und die Kämpfe im Sozialbereich war der ÖGB gezwungen eine Kampagne für mehr Personal im Pflegebereich zu starten (unter dem Slogan „Mehr von uns ist besser für alle“).

Druck von unten erhöhen!

Das zeigt, dass es möglich ist, den ÖGB durch Druck zu Aktionen zu bewegen. In einigen Branchen gab es Betriebsversammlungen, in der Luftfahrt um die Forderung nach einem Branchen-KV, bei der Austro-Control um den stockenden KV. Bei Opel gab es eine Protestaktion anlässlich des Einsparens von 400 Arbeitsplätzen - ein Vorbote auf das was mit der kommenden wirtschaftlichen Krise noch bevorsteht. In den Betriebsversammlungen müsste jedoch statt Top-Down Programm eine echte Beteiligung der Kolleg/innen stattfinden, sodass diese über Forderungen und nächste Schritte diskutieren und Verhandlungsergebnisse abstimmen könnten - und die Abstimmungsergebnisse müssten bindend sein.

Gewerkschaftsopposition aufbauen!

Egal wie die Wahl ausgeht, wir müssen uns auf Kämpfe vorbereiten - sowohl für echte Verbesserungen als auch um uns gegen Angriffe durch kommende Regierungen auf Arbeitnehmer/innenrechte zu verteidigen wenn die Wirtschaft einbricht. Die Wirtschaftskammer tritt bei der Lohnrunde bereits auf die Bremse und begründet das mit den verschlechterten Aussichten. Der ÖGB kündigt zwar an, dass es keine Zurückhaltung geben werde, hat aber den sich verschlechternden Wirtschaftsperspektiven nichts entgegenzusetzen, weil er die Logik des Kapitalismus akzeptiert. Eine Kampfstrategie die

den Kapitalismus ablehnt ist notwendig, um nicht erpressbar zu sein. Um den Druck auf die ÖGB-Führung zu bündeln, braucht es den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition, die die Gewerkschaften in echte kämpferische und demokratische Organe verwandeln kann. Das ist nötig, damit die Führung Kämpfe nicht einfach willkürlich abdreht und faule Kompromisse gegen den Willen der Basis eingehen kann. Ansätze gibt es im Sozialbereich mit „Sozial aber nicht blöd“. Da es kaum Basistreffen der Gewerkschaften gibt, müssen wir diese selbst organisieren, ein erster Schritt könnten z.B. Betriebsgruppen sein. Was nötig ist, sind entschlossene Kampfmaßnahmen und ein Zusammenführen der Proteste - denn gemeinsam sind wir stärker.

-Die Lohnrunden nutzen um für eine Rücknahme des 12-Studentags durch eine neue Regierung sowie ordentliche Lohnerhöhungen Druck aufzubauen!

-Für Betriebsversammlungen um weitere Maßnahmen vorzubereiten - als ersten Schritt hin zu einer branchenübergreifenden bundesweiten Demonstration!

-Für den Aufbau einer Opposition in den Gewerkschaften um diese in demokratische Kampforganisationen umzuwandeln!

-Für demokratische Entscheidungen über Verhandlungsergebnisse durch die Betroffenen in den Betrieben und Branchen!

-Für eine Strategie die mit der Logik des Kapitalismus bricht, damit wir nicht erpressbar sind!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!